

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O, Müdersdorfer Str. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.
Postfach-Konto der Hauptkassa 9367 Berlin.

Schriftleitung:

Berlin O, Müdersdorfer Straße 60.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluß der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M. (ohne Bestellschuld), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Zeile 40 Pfg.

Nummer 39.

Berlin, den 24. September 1911.

12. Jahrgang.

Die achte Generalversammlung.

Ein Stück weiter des Wegs! Die Generalversammlung des Verbandes mit ihrer ersten Arbeit liegt hinter uns, und wir sind gewiß, daß sie bei allen Delegierten einen nachhaltigen und dauernden Eindruck hinterlassen wird. Es ist wirklich ernste Arbeit geleistet worden, deren Früchte sich in unserem ferneren Verbandsleben deutlich abheben werden. Zu hoffen ist darum auch, daß sie von allen Mitgliedern gewürdigt und zu weiterem Vorwärtstreben benutzt wird.

Es war ein schöner Begrüßungsabend, den unsere Münchener Kollegen den aus allen Gauen Deutschlands zusammengeführten Delegierten bereitet hatten. Der ehrwürdige bayerische Gruß: „Grüß Gott“, löste uns entgegen, und Kollege Brückner gab der Freude unserer süddeutschen Kollegen über das Stattfinden des Verbandstages in München Ausdruck. Ein „Münchener Kind“, die Tochter unseres Kollegen Fangerl entbot in einem von würdigem Ernst und Großsinn getragenen Prolog allein ein Willkommen. Das war ein Händeschütteln herüber und hinüber, ein Aufleuchten der kampfgewohnten Augen, all der Bekannten, die sich hier wieder trafen. Kollege Stegerwald überbrachte die Grüße des Gesamtverbandes, Kollege Lander (Zürich) die Grüße des schweizerischen christlichen Bauarbeiterverbandes.

In dem am Montagmorgen aufgenommenen Verhandlungen erstattete Kollege Wiedeburg den Bericht über die abgelaufene Geschäftsperiode. Er konnte von Erfreulichem berichten, besonders von den Erfolgen der Organisation hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Leider wird das von vielen nicht verstanden oder nicht gewürdigt. Hat doch sogar mancher in der ernstesten Zeit, die je deutsche Bauarbeiter betraf, während des großen Kampfes im verflossenen Jahr, seine Arbeitsblätter feige im Stiche gelassen, da er keine Opfer bringen wollte. Nun aber befinden wir uns wieder im Vorwärtsschreiten. Dieses Wachstum auch in der Folgezeit aufrechtzuerhalten, ist unsere erste Aufgabe. Es gilt aber auch allen Erscheinungen der letzten Jahre nachzugehen, um notwendige Verbesserungen herbeizuführen und drohende Gefahren abzuwenden.

In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß man noch größere Fortschritte erwartet hätte. Der verberblichen Fluktuation müsse daher unter allen Umständen ein Riegel vorgeschoben werden. Vor allem sei Gewicht auf eine bessere Ausbildung der Vertrauensmänner zu legen, da das innere Leben einer Zahl- oder Verwaltungsstelle, ihre Entwicklung, in der Hauptsache von deren Pflanzkraft und ihrem Können abhängig sei. Regelmäßige Kontrollen müssten durchgeführt werden, um die Druckeberger zu befeitigen. Scharf wurde der sozialdemokratische Terror verurteilt. Es war ein Ausschrei gegen gewalttätige Brutalität und die jeder Duldsamkeit und Gerechtigkeit hohnsprechende Gewaltpolitik. Mit Recht wies Kollege Stegerwald darauf hin, daß man im sozialdemokratischen Lager bedenken möge, welche Stimmung dadurch im christlichen Arbeiterlager ausgelöst würde. Die Forderung der Reichsversicherungsordnung solle sie vorstichtiger machen.

Am wichtigen Vorschlag beschloß die Generalversammlung zunächst eine anderweitige Regelung der Streitunterstützung. Nach dem bisherigen Statut war nur eine dreimonatige Abfindung in der Zeit eines Jahres vorgesehen. Das mußte zu starken Ungerechtigkeiten gegenüber jenen Kollegen führen, die als jahrelange treue Mitglieder der Organisation trotzdem mit ihren Unterstützungsjahren nicht höher kamen wie die, die ihr nur erst kurze Zeit angehörten. Um diesen Kollegen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, um aber auch den übrigen zu zeigen, daß sie keine Vorrechte mehr genießen, sondern sich nur selbst schuldig machen, wenn sie glauben, nur bei Streiks der Organisation beitreten zu sollen, wurde eine Klassifizierung von einem halben Jahr bis über acht Jahre in sieben Abstufungen vorgenommen.

Die Krankenunterstützung wurde von 26 Wochen auf 13 herabgesetzt, dafür aber auch über den Winter ausgedehnt. Die Sterbeunterstützung erfuhr eine klarere Festsetzung und Wänderung einiger Unebenheiten. Sämtliche Unterstützungssätze wurden in übersichtlichen Tabellen angeordnet. Gegenüber dem bisherigen Statut ist das ein erheblicher Gewinn an Klarheit.

Neueingeführt wurde eine Militärunterstützung für die zum aktiven Heeresdienst eingezogenen Mitglieder. Dieselbe bewegt sich je nach der Höhe der Beiträge in vier Klassen, zwischen 6 bis 12 M. Die erste Hälfte dieses Betrages kommt zu Weihnachten des zweiten Dienstjahres zur Auszahlung, die zweite bei Beendigung der Dienstzeit. Voraussetzung des Bezuges der Unterstützung ist, daß das zum Militär eintretende Mitglied mindestens ein Jahr Mitglied ist, seine Beiträge bis zum Eintritt bezahlt hat, und das Mitgliedsbuch durch die betr. Verwaltungsstelle der Zentrale übermittle wird. Mit der Einführung dieser Unterstützung wird manchem jungen Kollegen ein guter

Dienst geleistet werden, denn während der Militärzeit ist das Geld in der Regel knapp und beim Abgang nicht geringer. Viele werden aber auch vor Nachteil dadurch bewahrt, indem sie bezogen werden, nicht leichtsinnigerweise ihre erworbenen Rechte preiszugeben. Bei der nunmehrigen erhöhten Abstufung in den einzelnen Unterstützungsarten ist das zukünftig von größerer Bedeutung für jedes Mitglied.

Für jugendliche Arbeiter und Lehrlinge unter 17 Jahren, falls sie weniger als 2,50 M pro Tag verdienen, wurde eine besondere Beitragsklasse eingeführt. Diese bezahlen bei unentgeltlicher Aufnahme in den Verband pro Woche 10 Pf. während der üblichen Vertragszeit. Dafür erhalten sie das Organ und Rechtschutz, sowie Anrechnung der Mitgliedschaft, wenn sie nach vollendetem 17. Lebensjahr in eine höhere Beitragsklasse aufrücken, zur Hälfte als Vollmitglied. Es steht somit nichts mehr im Wege, die jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge samt und sonders dem Verbande zuzuführen.

Das Verbandsorgan, die „Baugewerkschaft“, soll ab 1. Januar 1912 in verkürztem Format und achtseitig wöchentlich erscheinen. Eine Seite soll für Inserate reserviert werden. Damit wird einem allseitigen Wunsche der Mitglieder Rechnung getragen.

Ueber „die Strömungen in der Tarifbewegung“ referierte Kollege Becker, über „die rechtliche Stellung der Tarifverträge“ Herr Referendar Köhr-Vangendree, ersterer gab ein übersichtliches Bild des Entwicklungsganges unserer Tarifverträge und die Stellung der einzelnen Parteien dazu. Es ist nicht zu verkennen, daß der Tarifentwicklung im allgemeinen und der im Baugewerbe im besonderen, Gefahren drohen, sowohl von seiten der Scharfmacher im Arbeitgeberlager, wie von übereifrigen und radikalen Parteigängern der Sozialdemokratie. Demgegenüber stellt sich der christliche Bauarbeiterverband auf den einzig richtigen Standpunkt, daß die Tarifverträge nur ihres Selbstzweckes wegen anzuerkennen sind; das ist: vertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Abgrenzung der Rechte und Pflichten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, so weit wie eben möglich, Wahrung vollständiger Parität. Ein Zurück von der heutigen Tarifpolitik gibt es nicht mehr, es müßte denn das Bestehende total zertrümmert werden. Wer es ehrlich mit den Arbeiterinteressen meint, kann das nicht wollen.

Herr Köhr gab ein anschauliches Bild der rechtlichen Lage der Tarifverträge. Er zeigte, wie verwickelt dieselbe ist, welche Gefahren sich daraus ergeben, und welche Wege eventuell zur Abstellung derselben gegangen werden müßten. Er kommt zu dem Resultat, daß eine gesetzliche Regelung im allgemeinen inopportun wäre; diese könnte die erfreuliche Entwicklung der Tarifverträge nur stören. Einige kleine Änderungen an schon bestehenden Gesetzesparagrafen würden dem heutigen Bedürfnis schon genügend entgegenkommen. Beiden Referaten, die starken Beifall fanden, wohnte auch Herr Gewerbegerichts-Direktor Dr. Frenner bei.

Den Mittelpunkt der Generalversammlung bildete das Referat des Herrn Dr. Sonnenschein über die Notwendigkeit der geistigen Bildung des Arbeiterstandes. Wir kommen darauf noch eingehend zurück. Außerdem wurde dem Hauptvorstand übertragen, sämtliche drei Referate den Mitgliedern in Broschürenform zugänglich zu machen.

So können wir mit Recht behaupten, daß die achte Generalversammlung ernste und fruchtbare Arbeit im Interesse der Mitglieder geleistet hat. Und welcher Geist auf derselben herrschte, darüber lassen wir das „Neue Münchener Tageblatt“ reden, das schreibt:

„Der Verbandstag mußte auf den, der ihm ganz anwohnte, einen nur vorzüglichen Eindruck machen. Nicht nur die rege und unermüdete Arbeit, die jeden der drei Tage von früh 1/2 Uhr bis abends 7 Uhr ausfüllte, mußte diesen Eindruck zeitigen, sondern auch die große Einmütigkeit, die Delegierte und Zentralvorstandschäft erfüllte und zusammenhielt. Es war ein Geist, der Geist der christlichen Gewerkschaften, der auf einer guten und idealen Grundlage fußt und auf zielbewusster realer praktischer Arbeit aufgebaut ist, der die ganzen Verhandlungen beherrschte. Ein „Glück auf“ der weiteren Erfolge dem Zentralverband der christlichen Bauarbeiter Deutschlands. Möge diese erste Münchener Tagung einen wichtigen Markstein auf dem Wege des Verbandes bedeuten.“

So war es! Ohne Ueberhebung können wir das bestätigen, aber auch den zum Ausdruck gelangten Wünschen schließen wir uns an. Nun muß es mit frischer Kraft an die Arbeit gehen. Wir schließen mit den Worten des „Münchener Kind“:

Was fest ist, das ist unsere Treue,
Was fest ist, das ist unser Wort;
Wie's gestern galt, so gilt's auch heute
Und wird bestehen fort und fort.

Christliche Arbeiterschaft und nationales Volksinteresse.

Die Kundgebung des Ausschusses des deutschen Arbeiterkongresses gegen das sozialdemokratische Spiel mit dem politischen Waffentheil in der gegenwärtigen ernsten Situation

hat ins Schwarze getroffen. Sowohl im In- wie Ausland ist der Kundgebung die größte Beachtung zuteil geworden, wie die ausgedehnten Referierungen beweisen. In allen national gesinnten reichsdeutschen Kreisen ist der Aufruf freudig begrüßt worden, während er bei der Sozialdemokratie — was voraussehen war — Wut- und Schreikämpfe ausgelöst hat. Die ganze sozialdemokratische Presse heult und schimpft in einer nicht mehr zu überbietenden Tonart. „Schwefelbände“ poltert der „Vorwärts“ (Nr. 208/1911) zornentbrannt über die „Mexikalen und antisemitischen Gaukler“. „Ablenkung vom Hunger“ übergreift die Essener „Arbeiter-Zeitung“ (Nr. 209/1911) ihren Schimpfartikel und wirft den christlichen Arbeitern „Selbstbeschmutzung“, „volksverrägende Christenpolitik“ und „Auspeitschung niedriger Instinkte“ vor. Die „Rheinische Zeitung“ in Köln (Nr. 207/1911) höhnt über „Brave Kinder“ und die „lächerliche Person eines gewerkschaftschristlichen Zentrumsnechtes oder eines mandatsbeforgten Stöckerjünglings“. In einem Leitartikel ihrer folgenden Nummer zieht sie alle Register ihres Schimpf- und Schmähs-Verikons: „Schmutziges Handwerk“, „niedrige Liebesdiener“, „schmierige Denunziationsfucht“, „gehorsame Knechte und blinde Mameluden“ ist in dem Wuterguß des Kölner Sozialistenblattes u. a. zu lesen. Die „Münchener Post“ (Nr. 208/1911) widmet der Angelegenheit ebenfalls einen Leitartikel, betitelt: „Die gelben Christen“, der an Konfusion das denkbar Unmöglichste leistet. Da werden der Papst und ein angebliches Streikverbot von ihm, die „Kölner Richtung“, eine Eingabe gelber Arbeitervereine usw. mit dem Aufruf in Verbindung gebracht. Schwarz auf weiß steht da: „Die Kundgebung ist die letzte Folgerung aus dem politischen Bündnis des Zentrums mit den Konservativen, die „gewerkschaftliche“ Umgründung des schwarzblauen Blocks“. Solche überhitzte Tollheiten leistet sich das führende Organ der bayerischen Sozialdemokratie.

Die christlich-nationale Arbeiterschaft hat für dieses Wutgeheul nur ein Bächeln, bestenfalls eine verächtliche Handbewegung übrig. Die Sozialdemokratie hat es ja glücklich so weit gebracht, daß sie im Lande selbst mit „Kundgebungen“ nicht mehr ernst genommen wird. Sie treibt ihre Anhänger von einer Gasse in die andere, ein Rummel löst den andern ab, so daß ihre eigenen Massen sich nur mehr an „Protest“aktionen beteiligen, um eben dabei gewesen zu sein. „Die Hauptache ist, daß et wille sind“, hatte ein „Genosse“ bei der Berlin-Trepowener Demonstration auf die Konstatierung geantwortet, daß die meisten „Demonstranten“ sich die Reden überhaupt gar nicht anhörten. Was den friedensgefährlichen „Friedens“-Kundgebungen der Sozialdemokratie (so nannte sie mit Recht ein bürgerliches Blatt) einen ernsteren Charakter gibt, ist ihre Wirkung auf das Ausland. Durch das Gebaren der deutschen Sozialdemokratie und ihrer Presse ist den Segnern Deutschlands zweifelsohne der Schaden gestiftet worden, eine Wirkung, was in der gegenwärtigen kritischen Situation nicht anders als wie ein Verrat am Vaterland bezeichnet werden kann. Das ist den sozialdemokratischen Phrasenreihen selbst in außerdeutschen Zeitungen, so z. B. in der Wiener „Reichspost“ bezeugt worden, wo die deutschen Sozialdemokraten gehörig zur Ordnung gerufen wurden.

Die sozialdemokratischen Treibecken schließen aber auch eine schwere Gefahr für die Aufwärtsbestrebungen des Arbeiterstandes in sich, weil sie dem Scharfmachertum die wirksamsten Waffen liefern. „Seht diese staatsfeindliche, vaterlandsverräterische Gesellschaft, und der sollen wir weitere Rechte einräumen, die sollen als gleichberechtigter Stand anerkannt und ins Volksganze eingegliedert werden!“ so rufen die Scharfmacher der Regierung und den gesetzgebenden Faktoren zu, wobei ohne weiteres auf den ganzen Arbeiterstand verallgemeinert wird. Das jegige Verhalten der Sozialdemokratie werden die Scharfmacher noch ungezählte Male gegen die berechtigten Arbeiterforderungen offen und in geschlossenen Konventikeln auszuspielen wissen. Und um dem vorzubeugen, um aber insbesondere nicht den Eindruck im In- und Ausland aufkommen zu lassen, als ob die ganze deutsche Arbeiterschaft hinter der Sozialdemokratie stände — was von letzterer immer so bauerstellen versucht wird — beschloß die Kundgebung der christlich-nationalen Arbeiter nicht nur im nationalen, vaterländischen, sondern auch im ureigensten Interesse der organisierten Arbeiterschaft begründet.

Die sozialdemokratischen Blätter und ihre rosa-roten Helfershelfer versuchen jetzt die Wirkung der Kundgebung mit der Ausrede abzumähen, daß es sich nur um eine Verlautbarung von „drei Männlein“ (Vorwärts Nr. 209) oder um richtige „Ausfüh-arbeit“ (Berliner Volkszeitung) handle, hinter der keine Massen, erst recht keine 1/4 Millionen Arbeiter und Bediensteten ständen. Das ist ein Verlegenheitsbluff, wie er hummer und auch unvorsichtiger nicht gedacht werden kann. Merkt der „Vorwärts“ denn nicht, daß er hier der eigenen Partei eine Grube gräbt! Daß man zukünftige Kundgebungen des Parteivorstandes, der Reichstagsfraktion, der gewerkschaftlichen

Verbandsvorstände und der Generalkommission mit demselben Argument als Nachfolger einigigen Mannlein und „Ausfluß“ arbeit...

In den sozialdemokratischen Schimpfartikeln wird mit großer Entrüstung in Abrede gestellt, daß bei den sozialdemokratischen Demonstrationen für einen eventuellen Massenstreik Stimmung gemacht worden sei.

Wie bei allen Gelegenheiten, so kam die Sozialdemokratie auch diesmal wieder einige bürgerliche Blätter als Kronzeugen für sich und gegen die christlichen Arbeiter ins Feld führen.

Eine in Berlin erscheinende neue Monatschrift, der „Nationaldemokrat“, weist gegenüber einer Verhärterung der „Germania“ darauf hin, daß Landesverrat bei Blättern vom Schlage des „Berliner Tageblatt“ ausgeschlossen sei.

Kein Wunder, wenn solche Organe der Sozialdemokratie als Bundesgenossen erscheinen und von dieser dann ihrem gläubigen Publikum als politische „Strategen“ vorgeführt werden.

Diese ihre neueste Lat muß der nur auf Agitationspropaganda gerichteten, zu profitorischer Arbeit aber stets hülftosen und unfähigen Sozialdemokratie im ganzen Lande entgegengehalten werden.

Bericht

über die achte Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

I.

Eingeleitet wurde die Generalversammlung durch einen von der Verwaltungssstelle Künzler arrangierten Begrüßungsabend, der eines ausgezeichneten Verlaufes wuchs.

Der Vorstand, bestehend aus den Herren, versammelte sich die Delegierten im großen Saale des Geschäftslokals. Kollege Wiedberg, Zentralvorsitzender, eröffnet die Generalversammlung und begrüßt die Delegierten und die erschienenen Gäste.

Erst nach 10 Uhr wird die Generalversammlung als feierliche Sitzung eröffnet. Die Delegierten sind durch den Vorsitzenden begrüßt. Wiedberg (Hannover) und Schmidt (Berlin) zu den Delegierten, Schmidt (Berlin), Künzler (Hannover), Hiltensbrand (Hannover).

Zentralvorsitzender Wiedberg gibt sodann eine Ergänzung des Berichts vorliegenden Geschäftsberichts. Die Tatsache, daß der Verband in den Jahren 1909 und 1910 noch einen geringen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen hat, führt er darauf zurück, daß es noch taufende Bauarbeiter gibt, die sich nur dann organisieren, wenn sie dazu genötigt werden.

Die Entwicklung des Verbandes im ersten Halbjahre 1911 ist eine erfreuliche. Die Mitgliederzahl stieg um 5232, und zählte der Verband am 1. Juli 40 879 Mitglieder. Die Zahl der Verwaltungsstellen stieg um 12 auf 276 insgesamt.

Kollege Hohmann-Braunschweig erstattete den Bericht der Revisions- und Besondere-Kommission. Beschwerden sind in der Berichtszeit nur eine eingegangen, die als unberechtigt zurückgewiesen werden mußte.

Kollege Schönefeld (Königsberg) als Obmann der Revisions- und Besondere-Kommission schließt sich dem an. Er geht näher auf die Angelegenheit von Hannover ein. Er will die Tätigkeit der Revisions- und Besondere-Kommission auf die Anstellung der Zentralbeamten ausgedehnt wissen.

Hildebrand (Berlin): Thoraud konnte in Berlin nicht angeheilt werden, da die Reichswehr in Hannover ist. Auch im Bezirk Berlin haben wir unter dem roten Druck zu leiden. Das Schwergewicht ist auf die Bekämpfung der Situation zu legen.

Kollege (Wiesbaden) wünscht eine bessere Berücksichtigung der Beschwerde im Verbandsorgan. Schneider (Hannover): Das Verbandsorgan muß vergrößert werden, die Berichte sollen eingeschränkt werden.

Schleicher (Hannover): Die Durchführung des Vertrags läßt in einigen Orten zu wünschen übrig. Wir müßten zu Arbeitsverhältnissen streben, um diese zu erzwingen.

Engelle (Hannover) fordert bessere Ausbildung der Vertrauensleute. Sie müssen mit entsprechendem Material versehen werden.

Künzler (Hannover): Unsere Hauptaufgabe muß die sein, die Arbeiter zu organisieren. Die erste Klasse entscheidet in der Zukunft, sondern die zweite. Die dritte Klasse ist das Ziel unserer Kollegen während und bei dem Kampf des vorjährigen Kampfes zurückzuführen.

wendet werben. Das Verbandsorgan ist zu vergrößern und mit Berichten und volkswirtschaftlichen Artikeln auszustatten. Wenn wir jetzt der Jugend größere Aufmerksamkeit zuwenden, müssen wir auch ständige Zusammenstellungen über Abwanderung und Zuwanderung vornehmen.

Wiedberg (Hannover) wünscht mehr Einwirkung auf die Jugend und besonders an die Frauen gerichtete Artikel im Verbandsorgan. Die Zuschlagsbeiträge hätten in anderer Form auf das Statut angepaßt werden müssen.

Wiedberg (Hannover) erörtert die Widerstände, die sich unserer Organisation in Baden entgegenstellen. Diese zu beheben, muß unsere Aufgabe sein, damit wir im Süden dem Norden nachkommen.

Barthe (Königsberg): Die größere Zahl der Arbeitslosen in Preußen ist in Königsberg gefühlt worden, erklären sich aus den schnell wechselnden Witterungsverhältnissen.

Soch (Hannover) verlangt mehr polnisches Material für die Agitation unter den polnischen Kollegen. Künzler (Hannover) weist auf die vielen Gegner im Breslauer Bezirk hin. Eine Presse ist nicht vorhanden, in welcher wir uns verteidigen können.

Weinholz (Hannover) wünscht größere Berücksichtigung der Spezialberufe. Künzler (Hannover) ist mit der Reichsversicherungsordnung nicht ganz einverstanden.

Chrhardt (Hannover): Ich habe einen größeren Aufschwung nicht erwartet. Man muß die Strömungen kennen, die gegen uns sind. Die Fachabteilungen bekämpfen uns außerdem, sie schaden uns damit, nutzen damit den Sozialdemokraten, und selbst haben sie nichts davon.

Sauerbarth (Hannover) bespricht die Agitation in Norddeutschland. Es dürfte sich eine Veränderung der Bezirke empfehlen, um das norddeutsche Gebiet besser zu bearbeiten. Die „Bauergewerkschaft“ muß die Spezialberufe besser berücksichtigen.

Stegerwald behandelt die Schwierigkeiten, die die christlichen Gewerkschaften in den letzten Jahren zu überwinden hatten. Die hemmenden Umstände waren größer wie die Fördernden. Er geht eingehend auf dieselben ein und bespricht die zweideutige und unfruchtbare Tätigkeit der Sozialdemokratie.

Zur einheitlichen Regelung der Winterbeiträge sind von einer Anzahl Verwaltungsstellen Anträge gestellt. Zerkadt (Hannover) begründet den Antrag mit dem Hinweis auf die aus der heutigen Handhabung entstehenden Schwierigkeiten.

Hiltensbrand (Hannover) erklärt sich dagegen. Es handle sich um den Bruch mit einem Prinzip, ob allgemein im ganzen Jahr Beiträge erhoben werden sollen, oder nur für 40 Wochen wie bisher. Das müßte abgelehnt werden.

Künzler (Hannover) regt an, ob nicht überall dort, wo Lokalbeamte angestellt sind, ein Winterbeitrag von 1,20 M. eingeführt werden könne. Davon könnten 20 Pf. den Winterzahlstellen abgeführt werden, wofür diese die Besorgung des Verbandsorgans zu übernehmen hätten.

Die dazu gestellten veröffentlichten Anträge werden sämtlich abgelehnt und keine angenommen. Da sich einer einheitlichen Regelung der Winterbeiträge, in Anbetracht der Verschiedenheit der Bezirke, nicht geringe Schwierigkeiten bieten, andererseits jedoch durch den Wechsel der Arbeitsorte unter den Kollegen Streitigkeiten möglich erscheinen, empfiehlt die Generalversammlung den Bezirks- und Verwaltungsstellenkonferenzen, Winterbeiträge einzuführen, und überläßt diesen, über die Höhe verpflichtend zu beschließen.

Nach Erledigung eines Antrags Wänden über den Bauarbeiterzuschuß wird in die Verhandlung über die Strömungen in der Tarifbewegung eingetreten.

Rundschau.

Die niederheinische Tabakarbeiter-Aussperrung beendet. Zwischen dem niederheinischen Tabakfabrikanten-Verband und dem christlichen Tabakarbeiter-Verband ist eine Verständigung erfolgt und die Aussperrung damit beendet.

Über den Arbeitsmarkt und die Bauaktivität in Düsseldorf berichtet das Statistische Amt daselbst in seinem Jahresbericht. Das die Gestaltung des Arbeitsmarktes anlangt, so ist schon im vorigen Jahresberichte darauf hingewiesen worden, daß ein starker Zuzug Arbeitsloser von außerhalb die vorhandene Beschäftigung des Arbeitsmarktes in der Statistik so ausgleichen kann, daß jener immer noch stagnierend erscheint, während er tatsächlich nicht unwesentlich sich gebessert hat.

demer vermehrt und sich auch trotz des stets im Dezember ein-
tretenden Rückganges ultimo des Jahres auf 90 760 (88 776)
gehalten. Gleichzeitig sind die Löhne, wie die Tabellen 65
und 66 erkennen lassen, nicht unerheblich gestiegen.

Der große Bauarbeiterstreik freilich wirft seine Schatten auch
in der Krankenstatistik; die Rassen der freien Bauernschaft
sowie die Betriebskrankfälle dieses Gewerbes zählten Ende
April nur 1114 erwerbsfähige Arbeiter gegen 3261, die von
den in Betracht kommenden Firmen Ende September als
Maximum beschäftigt wurden. Die letztere hohe Zahl hängt
damit zusammen, daß die Bauaktivität im Berichtsjahr ganz be-
deutend stärker war als 1909. Während im Vorjahre in Alt-
Düsseldorf nur 361 Neubauten zur Abnahme kamen, waren es
1910 554 und in Groß-Düsseldorf 788, darunter waren 417 (247)
Hw. 604 Wohngebäude. Im ganzen wurden im Berichtsjahre in
Groß-Düsseldorf 2948 Wohnungen erstellt, und zwar 452 mit
2 Wohnräumen, 1033 mit 3 Wohnräumen, 700 mit 4 Wohn-
räumen und 763 mit 5 und mehr Wohnräumen, das ergibt ins-
gesamt einen Zugang von 11 590 Wohnräumen neben 2013 Man-
sarden. Da gleichzeitig 48 Wohnungen wegen Abbruchs oder
anderweitiger Bestimmung im Laufe des Berichtsjahres in Weg-
fall kamen, so ergibt sich ein Reinzugang von 2900, in
Alt-Düsseldorf von 2316 (1265) Wohnungen.

Der deutsche Städtetag zur Arbeitslosenversicherung.
Der am 11. September und folgende Tage zu Potsdam stattfindende
Deutsche Städtetag befaßte sich mit der Arbeitslosenversicherung.
Die Oberbürgermeister Wallraf-Ebn und Widde-Frankfurt a. M.
legten der Versammlung als Berichtstatter eine Reihe Thesen
vor, von denen die wichtigste lautet:

„Wenn sowohl die Gründe der Arbeitslosigkeit, als das
Versicherungsbedürfnis in den einzelnen Gewerben sehr ver-
schieden sind, und auch die grundlegenden Fragen des Zwan-
ges, der Verteilung der Beiträge, der öffentlichen Zuschüsse
und des Arbeitsnachweises nur nach den Bedürfnissen der
einzelnen Gewerbe beantwortet werden können, so ist die
weitere Förderung einer rationalen Arbeiterversicherung nur
durch Untersuchung der Verhältnisse in den einzelnen Ge-
werben zu erzielen. Diese kann aber nicht von den Stadt-
verwaltungen — allein 181 in Städten über 25 000 Einwoh-
ner — sondern nur einheitlich von der Reichsregierung oder
den Landesregierungen durchgeführt werden. Die Ueber-
weisung der weiteren Bearbeitung der Fragen der Arbeits-
losenversicherung an die Gemeindeverwaltungen ist daher
nur eine Verlegenheitsmaßnahme, um die eigentlich verant-
wortlichen Stellen — Regierungen wie Parlamente — von
Verantwortlichkeit zu befreien.“

Alle Gemeindeverwaltungen, auch diejenigen, welche aus
freiem Entschluß bisher Versicherungsanstalten irgend-
welcher Art für Arbeitslose geschaffen haben, sowie alle wahren
Freunde rationaler und wirksamer Versicherung sollten gegen
diese verkehrte Verchiebung der Verantwortlichkeiten Be-
wahrung einlegen und von den Regierungen fordern,
daß von ihnen unverzüglich die erforderlichen Un-
tersuchungen eingeleitet werden, um sowohl das Ver-
sicherungsbedürfnis, als die Mittel zu seiner Verwirklichung
für die einzelnen Gewerbe und Arbeiterklassen zu ermitteln
und festzustellen. Soweit die Stadtverwaltungen hierbei, ins-
besondere bei Untersuchung der Verhältnisse der Gelegenheits-
arbeiter, hilfreiche Hand leisten können, werden sie gerne dazu
bereit sein.

Diese Untersuchung hätte die Verhältnisse der Bau-
arbeiter in erster Linie ins Auge zu fassen. Bei diesen
Untersuchungen wird auch zu prüfen sein, ob — zur Be-
schaffung schneller Hilfe unter besonderen kritischen Verhält-
nissen — vor einer Erledigung der übrigen Fragen zunächst
für einzelne Kommunalverbände reichs- oder landesgesetzlich
eine obligatorische Arbeitslosenversicherung für Bauarbeiter
einzuführen wäre.“

Gegen fünf Stimmen wurden die vorgelegten Thesen an-
genommen. Die Debatte darüber dauerte fast fünf Stunden,
auch Kollege Giesberts beteiligte sich an derselben. In den
Bundesrat und den Reichstag soll eine Petition gerichtet werden,
die Frage der Arbeitslosenversicherung gesetzlich zu regeln.

Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitern ist
nicht deshalb oft unselbstlich und gespannt, weil der Arbeitgeber
oder die Werkleitung es an sozialer Einsicht und Menschlichkeit
fehlen lassen, sondern der Fehler liegt oft an ungeeigneten Werks-
beamten. So schreibt der Gewerbeaufsichtsbeamte für Loth-
ringen, Herr Gewerbe- und Regierungsrat Rief, im Jahresbericht
für 1910:

„Zu den größten Hindernissen des Arbeiter-Friedens ge-
hört die weite Entfernung zwischen den Arbeitern und der
Werkleitung. Aus vielfach vorgebrachten Klagen der Ar-
beiter geht hervor, daß den Werkleitern immer noch viel zu
viel Einfluß zugestanden wird. Einstellung und Entlassung,
Verzögerung, Festsetzung der Löhne hängt häufig von ihnen
ab. Dabei sind sie oft parteiisch und hart und können durch
ihre Ungeschicklichkeit und Ungerechtigkeit die besten freund-
lichsten Absichten des Unternehmers zunichte machen. Da-
durch schaden sie sowohl den Arbeitgebern, als auch den Ar-
beitnehmern, da gute Beziehungen zwischen den beiden Par-
teien zum Gedeihen der Industrie wesentlich beitragen.“

Von Unternehmenseite ist einmal mit Bezug auf die Arbeiter
das Wort Kameradschaft gefallen. Leider sind wir noch recht weit
von dem Zustand entfernt, wo dies Wort in unserem Gewerbe
allgemeine Gültigkeit hätte. Die christlich-nationale Arbeiter-
bewegung arbeitet systematisch darauf hin, diesem Zustand näher
zu kommen. Leider findet sie im Unternehmerlager wie in
manchen Beamtenkreisen für dieses Bestreben noch viel Vor-
urteil und Widerstand.

Die Düsseldorf-Krankenkassengeschichte ist für die Sozial-
demokratie äußerst unangenehm und hat sie in die denkbar
größte Verlegenheit gebracht. Die sozialdemokratische Partei-
presse versucht mit der ihr eigenen Dröseligkeit die niederschmei-
ternde Klamage einfach abzuleugnen. Es wird behauptet, ver-
leibt, abgeleugnet und sich drauf los gelassen, so daß schließlich
die Rejer glauben sollen: Dies Kind, kein Engel ist so rein,
wie die rote Mehrheit in der Düsseldorf-gemeinsamen Orts-
Krankenkasse. Der Klassenvorstand hat ebenfalls eine längere Er-
klärung veröffentlicht, um die Wirkung des Prozesses zu ver-
wischen. Diese Beschönigungsversuche und Ablenkungsmanöver
können nur auf ganz dumme Dummheit machen. An den gericht-
lich erwiesenen Tatsachen ist nicht zu rütteln. Zugunsten
wurde festgestellt, daß unbeschäftigte sozialdemokrati-
sche Bewerber tüchtigen langjährigen Beam-
ten mit den besten Zeugnissen vorgezogen wur-
den. In dem vor Gericht abgehandelten Streitgespräch warfen die
Kläger selbst zu geben, daß bei der Anstellung von Beamten viel-
fach nicht auf die sozialdemokratische Gesin-
nung wie auf die Qualifikation der Bewerber
gesehen wurde. Der Wahrheitsbeweis war so erdrückend
und das Ergebnis der eidlichen Zeugnisaussagen für die Kläger
so niederschmetternd, daß der Vertreter des Klassen-
verwalters „Genossen“ Lehner sein Mandat
während der Gerichtsverhandlung niederlegte.
Was steht schon mehr einer Katastrophe wie einer bloßen Nieder-

lage und Klamage ähnlich. Mit diplomatisch gewundenen Beschö-
nigungs- und deifigen Ablenkungsversuchen können diese ge-
richtsnotorischen Tatsachen nicht aus der Welt geschafft werden.

Vom „Sitz Berlin“. Der katholische Arbeiterverein Neuland
bei Neisse, der als Außenleiter im ganzen Bezirk zu „Sitz
Berlin“ zählte und deshalb für würdig erachtet wurde, einen
Arbeitersekretär Berliner Richtung in seinen Reihen zu zählen,
wurde nach einer sehr langen Geduldsprobe der Mitgliedschaft
bei „Sitz Berlin“ müde. Mit 92 gegen 19 Stimmen wurde
trotz der größten Anstrengungen des Arbeitersekretärs der Aus-
tritt beschlossen. Arbeitersekretär Hoffmann zog dann gegen
die Antragsteller zu Felde und behauptete, diese hätten den
Mitgliedern etwas vorgeschwindelt und vorgezogen. Da Herr
Hoffmann durch seine Behauptungen nicht nur mit der Lehre
der katholischen Kirche, sondern auch mit den Strafgesetzen in
Konflikt gekommen war, verurteilte ihn das Schöffengericht
zu 10 M. Geldstrafe.

Die englischen Gewerkschaften. Der Sekretär des Kon-
gresses der englischen Trade Unions, Bowdeman, erklärte, daß
trotz der vielen Streiks und Streikgerichte i. e. Mitgliederzahl
der Trade Unions im freien Wachsen begriffen ist. Bei dem
Kongress wurden über 500 Vertreter der einzelnen Trade Unions
sich in Newcastle versammeln, die eine Mitgliederzahl von
1 704 000 vertreten gegenüber 1 647 000 im vergangenen Jahre.
Den größten Zuwachs haben die Gruppe der Hesseleindustrie mit
5000, die der Weber mit 3000, die der Baumwollspinner mit
5000 und die der Fabrikarbeiter mit 41 000 zu verzeichnen. Die
Gasanstaltsarbeiter zeigten einen Zuwachs von 5000 Mitgliedern
und die Föderation der Eisenbahner einen solchen von
1000 Mitgliedern. Der einzige ernsthafte Rückgang war im Bau-
gewerbe zu verzeichnen. Der Sekretär fügte noch hinzu, daß das
parlamentarische Komitee sich mit der Frage befaße, wie Streiks
überhaupt zu verhindern seien oder wie solche so schnell wie
möglich beigelegt werden könnten; der Bericht hierüber wird
dem Kongresse vorgelegt werden.

Die Privatbeamten-Organisation. Im neuesten Heft des
Reichsarbeitsblattes befindet sich eine Uebersicht über die Or-
ganisation der Privatbeamten, aus der hervorgeht, daß Ende
des Jahres 1910 nicht weniger als 681 704 Privatbeamte (darun-
ter 60 376 weibliche) in 58 Berufsorganisationen vereint waren.
Die Zunahme an Mitgliedern in diesen Organisationen betrug
im Jahre 1910 36 780 (darunter 5560 weibliche). Am stärksten
sind die 18 Verbände der kaufmännischen Angestellten, die 455 147
Mitglieder zählen (davon 54 727 weibliche). Die 19 Zeichner-
Verbände marschieren mit 118 865 (11) Mitglieder auf; die 9
Verbände der Bureaubeamten mit 21 223 (202); 4 Verbände land-
wirtschaftlicher Angestellten mit 17 841. Acht Verbände ver-
schiedener Art zählen 68 628 (5436) Mitglieder. Da die Berufs-
schreibung in den Angestelltenorganisationen nicht so streng durch-
geführt ist wie in den Arbeitergewerkschaften, gehören jenen
noch eine beträchtliche Zahl selbständiger Berufsausübiger an.
Reihen den 681 704 Angestellten zählen die angeführten Ver-
bände so noch 103 767 Arbeitgeber usw. zu ihren Mitgliedern.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige
Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fach-
organs. Nur kurze Mitteilungen können noch Montags
morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

**Wir machen die Kollegen in ihrem eigenen
Interesse daraufmerksam, daß am Sonntag,
den 24. September, der dreißigste Wochenbeitrag
fällig ist.**

Ungetreuer Kassierer. Wegen Unterschlagung von
32,50 M. Verbandsgeldern wurde unser früheres Mitgl., der
Zementarbeiter Friedrich Schmitt in Forchheim zu einer Woche
Gefängnis verurteilt.

Selbstkritik. (Sektion der Stukkateure.) Am Sonntag,
den 10. September, morgens 11 Uhr, fand eine gut besuchte
Versammlung der Sektion christlicher Stukkateure im Lokale
dieses Platz. Kollege Schag sprach über „Die Notwendigkeit der
Organisation“ und „Warum organisieren wir uns christlich?“. In
längeren Ausführungen wurde den Kollegen vor Augen ge-
führt, wie in unserem heutigen Wirtschaftsleben es für jeden
Arbeiter Pflicht sei, sich zu organisieren, um im Verein mit
seinen Mitarbeitern an der Hebung der Lage der Arbeiter mit-
zuhelfen. Durch die Praxis ist den Bauarbeitern bewiesen, was
für sie getan werden kann, wenn dieselben sich dem christlichen
Bauarbeiterverband anschließen. Nur durch die Organisationen
können Tarifverträge geschaffen werden, die heute für den Bau-
arbeiter von großem Nutzen sind. Die Stellung des „freien“
Stukkateurverbandes, und dessen vollständige Ueberziehung zur
religionslosen Sozialdemokratie, gab uns herzlich dankenden
Stukkateuren Veranlassung, uns im christlichen Bauarbeiter-
verband zu organisieren. Auch die Schreibweise des „freien“
Stukkateurverbandes lasse an Gehässigkeit gegen das Christentum
den übrigen sozialistischen Organisationen nichts nach. Einige Artikel
zu hohen kirchlichen Feiertagen, ganz besonders der letzte Weih-
nachtsartikel, sagen jedem denkenden Stukkateur, daß in einer
solchen Organisation sein Platz nicht sein kann. Das Zentral-
itätsmangeln, mit dem man heuchlerisch noch Stukkateure ein-
fangen möchte, sollte man abnehmen, und das richtige Gesicht
der Sozialdemokratie würde in Erscheinung treten. Wir kennen
heute nur noch einen „sozialdemokratischen“ Stukkateurverband,
und haben gelernt, Scheinheiligkeit und Hinterlist zu durchschauen.
Daher Auffklärung unter den Stukkateuren, denn nur durch
Auffklärung können die irreführenden Arbeiter gewonnen werden.
Reicher Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. In
der Diskussion wurde allseitig betont, mit neuer Energie und
neuem Eifer für die Stärkung der Sektion christlicher Stukkateure
einzutreten und einigen Schriftführer im „freien“ Stukkateur-
verband das M. . . zu stoppen. Aufgenommen wurden 12
Kollegen, so daß wir die „Freien“ überflügelt haben und unsere
Zahl jetzt über 30 beträgt. Ferner wurde erwählt, die Arbeits-
zeit streng einzuhalten und ganz besonders die „freien“ Stukka-
teure zu kontrollieren, da diese die Arbeitszeit bisher nicht ein-
gehalten, ja sogar 12 Stunden gearbeitet hätten. In der Nr. 37
des „Stukkateur“ unternimmt es natürlich so ein sozialdemokra-
tischer Schmierzettel, der christlichen Organisation die Unfähigkeit
Arbeitszeit allein anzuhängen. Wir möchten den Schwärzer bitten,
in Zukunft mehr Objektivität walten zu lassen. Dann stellen wir
hiermit fest, daß im Verein dieses Artickelschreibers, Radtke, der
Gaulerler des „freien“ Verbandes, erklärte: „Auch unsere
Kollegen haben die Arbeitszeit nicht eingehal-
ten, die Schuld liegt auf beiden Seiten. Damit
wird sich wohl der „Schmierzettel“ zufrieden geben und nöchsten
sein Gehirn etwas aufräumen, sonst müssen wir ihn zum
„Herr, hüf ihm, sonst geht er zugrunde.“

Selbstkritik. 11. September. Arbeitgeber-Bil-
dung. Während man oft von Arbeitgeberseite die Umgangs-
formen der Arbeiter klagt, und das bei Verhandlungen und

Unterredungen recht deutlich zum Ausdruck bringt, denkt man
nicht daran, wie es damit in den eigenen Reihen haperet. Ein
recht drastischer Fall möge dieses beweisen. Der Unternehmer
Freienstein tituliert unsere Kollegen mit „Christliche Lumpen“,
„Dösel“, „Töpel“ usw. Wenn das am grünen Holze passiert,
was soll dann am blauen geschehen. Doch damit nicht genug.
Als dieserhalb Herr Freienstein durch unseren Kollegen Vert
in der höflichsten Art gebeten wurde, seinen Umgang mit den
Arbeitern in höflicheren Formen zu vollziehen und sein an-
scheinend reichhaltiges Schimpfwörterbuch nur dem Privat-
gebrauch in seiner Behausung zu widmen, kündigte er hoch
kollegen, angeblich, weil dieselben ihn, den „Anstandsmanchen“,
nicht gegreift hätten. Einem anderen Kollegen, der gleich-
zeitig Baubelegter war, erklärte der Bauführer: Sie wissen
ja, warum. Nun gut, wenn Herr Freienstein Opfer für seine
„Bildung“ verlangt, so müssen wir das hinnehmen. Er darf
aber nicht glauben, daß durch solche Machinationen er uns oder
unseren Kollegen Schaden zufügen kann. Zur Gegenteile! Die
Kollegen haben alle wieder Arbeit erhalten, und Herr Freien-
stein wird entsprechend bei den Unternehmern und der Deffen-
lichkeit eingeschätzt. Bezeichnend ist das Wort „Christliche
Lumpen“, und zwar deshalb, weil Herr Freienstein sich selbst
als Christ geriet, auch gelegentlich Wallfahrten macht und andere
kirchliche Kramerei betreibt. Wie sich diese Bezeichnung mit
dem Gewissen des Herrn Freienstein verträgt, überlassen wir ihm
selber. Unseren Kollegen aber rufen wir zu: Boran in der
Arbeit für unsere Organisation! Durch nichts lassen wir uns
entmutigen, strikte halten wir an Disziplin und Höflichkeit so-
wie Bildung fest, dann wird die öffentliche Meinung auf unserer
Seite sein.

M-Gladbach. (Stukkateure.) Am Dienstag, den 12. Sep-
tember, fand unsere Monatsversammlung statt. Als erster Ver-
handlungsgegenstand war auf der Tagesordnung: die Ver-
handlungen mit den Arbeitgeber zur Bekämpfung der Schmutz-
konturrenz. Hierzu waren gemeinsam Thesen ausgearbeitet,
die jedem Versammlungsbesucher im Wortlaut vorgelegt wurden.
Diese Thesen wurden einstimmig angenommen. An den Kollegen
muß es jetzt liegen, das Vereinbarte auch durchzuführen. Der
zweite Punkt betraf die Löhne der Hilfsarbeiter in den Stuck-
geschäften. D. arbeitgeber lehnen es ab, den Hilfsarbeitern
dieselben Löhne zu zahlen wie in den Baugeschäften. Einige
Firmen zahlen wohl denselben Lohn wie in den Baugeschäften,
eine Firma zahlt bereits einige Pfennige mehr. Die Kollegen
sind der Meinung, daß bei den Hilfsarbeitern eine größere Agi-
tation von den Stukkateuren und Pfeisterern entfaltet werden
muß, damit die Hilfsarbeiter in den Stuckgeschäften den näm-
lichen Lohn erhalten wie die in den Baugeschäften. Darum,
ihre Stukkateure und Pfeisterer, Kollegen, sorgt in der nächsten
Zeit dafür, daß die bei euch beschäftigten Hilfsarbeiter unbedingt
der Organisation zugeführt werden, ihr habt es in der Hand.
Auch muß an jedem Bau, wo mehr als drei Kollegen beschäftigt
sind, ein Baubelegter sein. Bei den Stukkateuren ist ein
solcher gerade so notwendig, wie in den anderen Berufen. Der
dritte Punkt betraf den bei der Firma Kuppers u. Kuch be-
schäftigten Stukkateur Friedrich Kuppers-Granterath. Kuppers
war Vorstandsmittglied unserer Zählstelle. Jetzt glaubt er, die
Organisation nicht mehr notwendig zu haben. Allen Anklären
nach will er sogar ein tüchtiger Genossen-Agitator in Granterath
werden, für den Fall, daß wir ihn wegen seines Verhaltens
anschliefen würden. Nach einigen Informationen über den
Fall Kuppers beschloß die Versammlung einstimmig seinen Aus-
schluß auf unbestimmte Zeit. An seine Stelle wurde der
Kollege Heinrich Götz in den Vorstand gewählt. Nach 2 1/2 stün-
diger Dauer schloß der Vorsitzende, Kollege Hauff, die an-
regend verlaufene Versammlung mit der Aufforderung, für
besseren Besuch der Versammlungen zu sorgen.

Neubekum. Am 4. September fand unsere Monatsver-
sammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Aufnahme
neuer Mitglieder, 2. Zahlung der Beiträge, 3. Diskussion. Nach
Erledigung der beiden ersten Punkte wies Kollege Kruse auf die
Pflichten eines Baubelegterten hin und forderte sie zu treuer
Pflichterfüllung auf. Kollege Somfeldt erörterte die wirtschaft-
liche Lage, besonders die des Baugewerbes. Er forderte zu
emstiger Arbeit für die christliche Organisation auf. Damit er-
zielte die gut besuchte Versammlung ihr Ende.

Sarstedt. Am Sonnabendabend, den 2. September, fand
hier im Lokal des Herrn Hamann eine Versammlung der Hilfs-
und Transportarbeiter, der Bauarbeiter und der Metallarbeiter
statt, die die Gründung eines Ortskartells zum Ziele hatte.
Gewerkschaftssekretär Zumbrod legte ausführlich die Gründe
dar, die ein Kartell für notwendig und wünschenswert er-
scheinen lassen. Die gemeinsamen Ziele der drei Verbände
könnten durch das Kartell besser und nachhaltiger verfolgt
werden als durch den einzelnen Verband allein. Daher sei es
Aufgabe des Kartells, die Agitation in die Hand zu nehmen,
besonders bei den sozialen Wahlen die Geschäfte zu leiten,
für Schulung und Weiterbildung der Mitglieder zu sorgen und
überhaupt bei gemeinsamen Angelegenheiten als ein Ganzes
und Geschlossenes aufzutreten und so den Forderungen und Be-
strebungen mehr Nachdruck und Gewicht geben zu können. Die
Ausführungen des Referenten wurden sehr beifällig aufgenom-
men und die Gründung des Kartells einstimmig beschlossen.
Sobald wurde die Kommission gewählt, die die Vorarbeiten
in der nächsten Zeit leiten und beorgen soll. Darauf redete
noch ein Herr stud. cam. Kiebler über die Notwendigkeit der
Weiterbildung des Arbeiters und wies auf die dahingehenden
Bestrebungen der heutigen Studentenvereine hin, die es sich an-
gelegen sein lassen, in sogenannten Unterrichtskursen die Arbeit
zu lehren. Auch in Sarstedt sollten diese Kurse eingerichtet
werden, und er forderte die Vorwesenden und Mitglieder auf,
an den Unterrichtsabenden rege teilzunehmen. Die Mitteilung
von einer sich bietenden Gelegenheit, sich weiterzubilden, fand
lebhafte Anteilung, und sofort meldeten sich 20 Teilnehmer, eine
Zahl, die sich noch mit der Zeit vergrößern dürfte. Nach
einem Schlußworte des Referenten, in dem er die Kunstteil-
nehmer hat, den Eifer, den sie jetzt an den Tag legten, auch in
Zukunft nicht erlahmen zu lassen, schloß die Versammlung
gegen 11 Uhr.

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Die Sterblichkeit der russischen Bevölkerung in früheren
Jahrhunderten. Im Verhältnis zu der Bevölkerungszunahme
im 19. Jahrhundert muß die Bevölkerungszunahme in früheren
Jahrhunderten ganz bedeutend geringer gewesen sein. Auf
dem Gebiete, das das heutige Deutsche Reich umschließt, wohnten
im Jahre 1816 24,3 Millionen Menschen, jetzt dagegen ungefähr
65 Millionen; hält die Vermehrung noch einige Jahre in
gleichem Umfange an, so wird sich die deutsche Bevölkerung
im Jahre 1916, in hundert Jahren, beinahe auf das Dreifache
vermehrt haben. Selbst wenn wir annehmen, daß die Ausgaben
über die Bevölkerungsverhältnisse in früheren Jahrhunderten
nicht genau sind, so steht doch fest, daß Deutschland in Mittel-
alter schon eine ziemlich ansehnliche Bevölkerung hatte und
daß demnach die Zunahme vom Mittelalter bis zum Anfang des
19. Jahrhunderts nur ganz gering war. Von Bevölkerungs-
statistiken wird angenommen, daß Deutschland in der Mitte
des 14. Jahrhunderts bereits eine Bevölkerung von 10 Mil-
lionen hatte.

Da die Geburtenhäufigkeit in früheren Jahrhunderten kaum
niedriger gewesen sein wird als jetzt, so ist die geringe Zu-

Wahrscheinlich die Städte zeigten in früheren Jahrhunderten eine außerordentlich hohe Sterblichkeit; in größeren Zeitschnitten betrachtet, war die Sterblichkeit in den Städten, namentlich in den größeren Städten, fast immer höher als die Sterblichkeit in den ländlichen Gegenden...

Über die Bevölkerungsbewegung und speziell über das Verhältnis zwischen Geborenen und Gestorbenen liegen aus verschiedenen Zeitschnitten und aus verschiedenen deutschen Städten Nachrichten vor, die uns zeigen, wie wenig es den Städten in früheren Zeiten möglich war, ohne Zuwanderung vom Lande die Einwohnerzahl zu erhöhen...

Die heutige Politik ist zum großen Teil durch die Steuer- und Finanzprobleme. Mit der Ausdehnung des Aufgabenkreises unserer öffentlichen Körperschaften müssen diese Fragen einen immer breiteren Raum auch in der Presse einnehmen.

Die beiden vorliegenden Hefte sollen nun diesem Zweck dienen. Das erste behandelt die Grundfragen der Steuerlehre, des Zwecks und Rechtsgrundes der Steuer, die Reproduktivität der Besteuerung, die Frage der Steuerüberwälzung und der Einteilung und Erhebung der Steuern.

Im zweiten Heft (Nr. 14 der Sammlung) sind alsdann die verschiedenen Steuerarten rein objektiv zur Darstellung gebracht. Dem Inhalte nach deckt sich das Heft mit dem, was die Fachwissenschaft unter spezieller Steuerlehre begreift.

Das Geschichtsproblem in der Krankenpflege. Von Georg Streiter. (Heft 349/50 der Sammlung „Kultur und Fortschritt“.) Verlag J. F. Lehmann, München bei Leipzig. 1911. 26 Seiten, 90 Pf. Preis 1,50 M.

Das Geschichtsproblem in der Krankenpflege. Von Georg Streiter. (Heft 349/50 der Sammlung „Kultur und Fortschritt“.) Verlag J. F. Lehmann, München bei Leipzig. 1911. 26 Seiten, 90 Pf. Preis 1,50 M.

Wahrscheinlich die Städte zeigten in früheren Jahrhunderten eine außerordentlich hohe Sterblichkeit; in größeren Zeitschnitten betrachtet, war die Sterblichkeit in den Städten, namentlich in den größeren Städten, fast immer höher als die Sterblichkeit in den ländlichen Gegenden...

Über die Bevölkerungsbewegung und speziell über das Verhältnis zwischen Geborenen und Gestorbenen liegen aus verschiedenen Zeitschnitten und aus verschiedenen deutschen Städten Nachrichten vor, die uns zeigen, wie wenig es den Städten in früheren Zeiten möglich war, ohne Zuwanderung vom Lande die Einwohnerzahl zu erhöhen...

Die heutige Politik ist zum großen Teil durch die Steuer- und Finanzprobleme. Mit der Ausdehnung des Aufgabenkreises unserer öffentlichen Körperschaften müssen diese Fragen einen immer breiteren Raum auch in der Presse einnehmen.

Die beiden vorliegenden Hefte sollen nun diesem Zweck dienen. Das erste behandelt die Grundfragen der Steuerlehre, des Zwecks und Rechtsgrundes der Steuer, die Reproduktivität der Besteuerung, die Frage der Steuerüberwälzung und der Einteilung und Erhebung der Steuern.

Im zweiten Heft (Nr. 14 der Sammlung) sind alsdann die verschiedenen Steuerarten rein objektiv zur Darstellung gebracht. Dem Inhalte nach deckt sich das Heft mit dem, was die Fachwissenschaft unter spezieller Steuerlehre begreift.

Das Geschichtsproblem in der Krankenpflege. Von Georg Streiter. (Heft 349/50 der Sammlung „Kultur und Fortschritt“.) Verlag J. F. Lehmann, München bei Leipzig. 1911. 26 Seiten, 90 Pf. Preis 1,50 M.

dem nötigen Verständnis. Wir können den Kollegen nur raten, die nötige Vorsicht zu gebrauchen, um noch schwereren Unfällen vorzubeugen.

M. Gladbach. Ein bedauerlicher Unglücksfall, bei dem ein Kollege von uns sein Leben einbüßte, ereignete sich am Freitag, den 8. d. Mis., nachmittags, am Kirchhofsberg in Rheindahlen. Drei Kollegen waren mit dem Bestreben der Säulen beschäftigt...

Oberkassel. Am Neubau der Firma Sandhoff hier selbst stürzte am 11. September der Hilfsarbeiter F. Brangers ab und zog sich erhebliche Verletzungen zu.

Bekanntmachungen.

In eigener Sache.

Wie ich schon erwähnte, hat der Schreibfachverständige Dr. Loof aus Düsseldorf gelegentlich seiner Besichtigung in dem bekannten Prozesse „Auf der Straße“ gegen Imbusch betr. den berüchtigten Heinrichbrief die Ansicht vertreten, die Schriftzüge dieses Briefes stimmten mit meiner Schrift überein.

- 1. Nicht ein Punkt jenes berüchtigten Heinrichbriefes rührt von meiner Hand her.
2. Mit der Abfassung und der Absendung jenes Briefes habe ich weder direkt noch indirekt etwas zu tun.
3. Ich bin jederzeit bereit, das Vorstehende schriftlich zu erklären.
4. Diejenigen, welche mich mit dem Heinrichbrief irgendwie als Urheber in Verbindung bringen, werde ich gerichtlich belangten.

Essen-Ruhr, den 16. September 1911. Hermann Vogel, Sekretär des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands.

Eine größere Anzahl Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter werden innerhalb der Verwaltungsstelle Münster i. W. gesucht. Zu melden auf dem Verbandsbureau Münster i. W., Südfelder Str. 55.

Als verloren werden gemeldet die Buchnummer 211467 lautend auf Emanuel Janoschek, geb. den 26. März 1889 zu Kerpen; die Buchnummer 211466, lautend auf Franz Clemes, geb. den 9. März 1884 zu Kerpen, von der Zahlstelle Alt-Kutterdorf; die Buchnummer 51712, lautend auf den Namen Bernh. Nider, eingetragen am 11. 2. 1906 zu Dörverden. Abzugeben an den Kassierer Karl Koch, Steele-Ruhr.

Achtung! Bezirk Hannover. Die in Nr. 38 der „Baugewerkschaft“ bekanntgemachte Bezirks-Konferenz findet nicht am Sonntag, den 8. Oktober, sondern am Sonntag, den 15. Oktober, statt. Näheres durch Rundschreiben. Der Bezirksvorstand. S. A. W. Gumbrod.

Verfallungskalender.

Bielefeld. Sonntag, den 24. September, nachmittags 4 Uhr, allgemeine christliche Arbeiterversammlung bei W. Seifer (zu den drei Galen).

Sterbetafel.

- Am 31. August starb unser Kollege August Wöllinger an der roten Ruhr.
Am 1. September starb unser treuer Kollege Severin Rüdinger im Alter von 42 Jahren an Lungenerkrankung.
Am 8. September starb unser treuer Kollege Salvator Oberall infolge eines Anginalanfalls.
Am 11. September starb unser treuer Kollege Paul Gwidz in Lungentarrach im Alter von 40 Jahren.

Von den Arbeitsstellen.

Vorwärts. Am 11. September ereigneten sich am hiesigen großen Postenbau zwei kurz aufeinander folgende Unglücksfälle. Gegen 5 1/2 Uhr nachmittags stürzte unser Mitglied Bogemann beim Haussteinsetzen 18 Meter in die Tiefe und erlitt schwere körperliche Verletzungen, so daß er mittels Krankentragens dem Krankenhaus zugeführt werden mußte.

Literarisches.

Beachtet, ein Charakterbild des Verbandes Deutscher Buchdrucker. Unter diesem Titel erscheint (eben im Verlag des Verbandsbundes, Berlin 80, 16, Kaiser-Franz-Graben, 14) eine Broschüre (168 Seiten 8°) zum Preise von 20 Pf., portofrei 30 Pf. Sie ist der Hand zahlreicher Laienangehöriger der Gewerkschaften...